

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 41.

Leipzig, den 10. Oktober.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grelmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — An die deutschen Schuhmacher. — Zur Auflösung des Kaffaalkanischen Arbeiter-Vereins. — Der „allgemeine deutsche Arbeiterkongress“ zu Berlin. — Der Staat und die soziale Frage. — Aus Deutsch-Oesterreich. — Aus England. — Nachrichten. — Vermischtes. — Erklärung. — Beilage: Der fünfte Vereinsstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg.

Politische Uebersicht.

In einer Nachschrift konnten wir unsern Lesern vorige Woche noch mittheilen, daß die Revolution in Spanien giefte. Nachdem es den vereinigten Bemühungen der spanischen und der französischen Regierung gelungen war, uns 14 Tage lang über den Gang der Ereignisse im Dunkel zu erhalten, wurde am ersten Oktober plötzlich der Schleier zerrissen, und gleichzeitig mit der Flucht Isabellas, der „in Weihwasser ausgelaugten Messalina“*), wie die Berliner „Zukunft“ sie witzig nennt, erfuhren wir, daß der Aufstand überall — meist unblutig — triumphirt hatte, und in Madrid eine provisorische Centralregierung niedergesetzt worden war.

Was von Mitte September an in Spanien geschehen, liegt nun klar vor uns. Die Bewegung ging von der Flotte aus, drang von der Küste stetig nach der Hauptstadt vor, und mit Ausnahme zweier Gefechte, in deren einem Marschall Novales, General der Königin, tödtlich verwundet ward, fand kein ernsthafter Zusammenstoß statt, und schließlich fiel die Krone wie eine überreife Birne vom letzten Bourbonenzweig herab.

Am 14. September begann die Schilderhebung, am 30. September — genau 25 Jahre nach ihrer Thronbesteigung — betrat Isabella das französische Gebiet, und machte sich damit, nach einer Bestimmung der spanischen Constitution, jedes Anrechts an den Thron verlustig. Von Pau aus hat sie freilich einen Protest erlassen; doch, wenn ein Protest gegen Vergewaltigung im Mund des Unterdrückten als Bekenntniß der Schwäche Mitleid erregt, so kann er im Munde einer Despotin, die ihr ganzes Leben lang die schwachvollste Vergewaltigung geübt hat, nur Abscheu und Spott hervorrufen. Wir können unsere Leser nicht mit dem kuriosen Altentstück behelligen — gewiss, daß es auf Befehl der provisorischen Regierung in Madrid überall öffentlich angeschlagen worden ist, und daß es von gut konservativen deutschen Zeitungen nur unter dem Strich, im Feuilleton, da wo die Seeschlangen und andere Abnormitäten ihren Platz haben, mitgetheilt wird. So verwehlt die Macht der Mächtigen!

In Madrid wurde am 29. September eine revolutionäre Junta (Ausschuß) für ganz Spanien gebildet, der sich die Juntas in den einzelnen Städten und Provinzen sofort unterwarfen. Der Rest der königlichen Armee verbrüdete sich mit dem Volke, 60,000 Gewehre wurden an die Bürger vertheilt, und eine Proklamation veröffentlicht, welche die Souveränität der Nation und die Absehung der Bourbonen verkündete. Nachdem die Junta — es wurde bereits erwähnt, daß sie aus 4 Demokraten, 4 Progressisten und 4 Liberalen, also der Mehrheit nach aus gemäßigten Elementen bestand — die sofort vorzunehmenden Wahlen für eine konstituierende Nationalversammlung (Cortez), die über die künftige Regierungsform entscheiden soll, angeordnet hatte, übertrug sie am 3. Oktbr. die oberste Regierungsgewalt dem progressivsten General Serrano. Ob derselbe mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet ist, oder nur die provisorische Präsidentschaft mit beschränkter Gewalt besitzt, das läßt sich nach den vorliegenden Depeschen nicht bestimmen. Letzteres ist aber deshalb das Wahrscheinlichere, weil nicht anzunehmen, daß die verschiedenen liberalen Parteien, welche zum Sturz der Bourbonen zusammengezwungen wurden, sich der Diktatur eines einzelnen Parteimannes unterwerfen würden. Jedenfalls trägt das von Serrano ernannte Ministerium einen durchaus liberalen Charakter, und Madoz, eins der Mitglieder, gehört zu den gefeiertesten Namen des freisinnigen Spanien. Damit ist allerdings keine Bürgschaft für die Zukunft geboten. Wir in Deutschland haben 1848 gelernt, wie schnell die „besten Männer“ politischen Bankerott machen können. Bedenklich ist, daß man die Arbeiter wieder entwaffnet; bedenklicher, daß die Armee bisher die Hauptrolle gespielt hat. Auf der anderen Seite ist auch nicht zu übersehen, daß der rasche Sieg der Revolution dem demokratischen Geist der Volksmassen zu verdanken ist und daß die Bewegung sich an vielen Orten ebensowohl gegen die Pfaffenwirtschaft, wie gegen die Bourbonen gerichtet hat.

Eins ist über jeden Zweifel erhaben: Die Dynastie der Bourbonen wird nicht mehr über Spanien regieren. An Bewerber um den vakanten Thron fehlt es nicht. Außer dem Herzog von Montemolin (von einem Zweig der Bourbonenfamilie) präsentiren sich, oder werden präsentirt: der junge König von Portugal, der Herzog von Montpensier und — Prinz Napoleon (Plonplon), der dicke Better Bonaparte's, der seit 15 Jahren auf der Jagd nach einer Krone ist. Die meisten Aussichten von diesen hätte wohl der Herzog von Montpensier, Sohn des letzten Königs von Frankreich, wenn die französische Regierung demselben nicht mit aller Macht entgegenarbeitete; und da die beiden anderen Kandidaten nicht

*) Name der verrufensten unter den süderlichen Kaiserinnen Roms.

den geringsten Boden im Volk haben, und da Bonaparte eine Republik in Spanien weniger fürchtet, als eine orleanistische Monarchie, so steht die Sache der Republikaner ziemlich günstig. Die Wahlen in Madrid sind auch überwiegend im republikanischen Sinne ausgefallen.

Bonaparte beobachtet äußerlich die strengste Neutralität, und bei der kurzen Zusammenkunft, die er in Biarritz mit der flüchtigen Isabelle hatte, wurde ihr kein Wort des Trostes. Der Kaiser soll bei dieser Gelegenheit sehr ernst ausgesehen haben. Läßt sich begreifen.

Ein französisches Blatt der „Gaulois“ meint, wenn es im Nachbarhaus brenne, müsse man den Kaminfeger holen lassen, und der heiße für Frankreich die Freiheit. Dieser Kaminfeger ist sicher nicht nach dem Geschmack des Kaisers, steht ihm auch nicht zur Verfügung. Aber es giebt einen anderen, der Krieg heißt, und dessen Befehl jetzt in Frankreich sehr eifrig in Stand gesetzt wird.

Aus Preußen meldet man inzwischen wieder eine „Abrüstung“: 1600 Kavalleristen und Fußartilleristen sind mit dem ersten d. M. von der Präsenzliste gestrichen worden, um — den 13 neu zu begründenden reitenden Batterien eingereicht zu werden. „Abrüstung“ ist doch ein schönes Wort.

Am 2. Oktbr. wurden in Berlin vom Obergericht zwei Personen: der pensionirte Lehrer Reinhardt und der Wirth Schiewek, die bei der letzten Reichstagswahl zu Pabrofen in Ostpreußen liberale Wahlzettel mit konservativen vertauscht hatten, der erstere zu 2, der letztere zu 1 jährigem Gefängniß verurtheilt. Ganz gut. Aber wer bürgt in einem despotischen Staate dafür, daß solche Mannöver nicht hundertfach vorkommen ohne entdeckt, oder wenigstens an die Oeffentlichkeit gezogen zu werden?

Um die nämliche Zeit wurden ebendasselbst mehrere politische Schwindler, die einst für die preußische Regierung thätig gewesen, wegen einer dunklen Transaktion mit dem Kriegsministerium des Betrugs schuldig erkannt: ein Baron von Künzberg und ein Herr Braa nebst einem dritten Unpolitischen. Die Gerichtsverhandlungen leitete man so vorsichtig, daß „unbequemen“ Enthüllungen glücklich vorgebeugt war.

Der Nationalliberalismus fängt an in Preußen außer Mode zu kommen. Die Organe der Partei leiden fast alle an Abonnementenschwindsucht, und eines derselben, „die Berliner Reform“, hat am letzten des vorigen Monats aufgehört zu erscheinen. Während die der Regierung ergebenen Blätter der Antipathie des Publikums zum Opfer fallen, sucht man die der Regierung feindlichen Blätter durch Maßregelungen aller Art gewaltsam zu tödten. So wurde die hannöversche „Deutsche Volkszeitung“, — nicht zu verwechseln mit der demokratisch thuenenden, aber durch und durch großpreußischen Berliner „Volkszeitung“ — in den letzten 14 Tagen sechs Mal konfiszirt, ohne Zweifel in der Absicht, die Abonnenten beim Quartalwechsel abzuschrecken. Von besagter Berliner „Volkszeitung“ sei hier erwähnt, daß sie in ihrer blinden Wuth auf den Brüsseler Internationalen Arbeiterkongreß dessen Beschluß gegen den Krieg aufs Heftigste tadelt und den Arbeitern vordemonstrirt, auch der Krieg habe seine „Segnungen“, z. B. der von 1866 habe zur Befreiung der kleinen Fürsten und zur Einführung des allgemeinen Stimmrechts geführt. Und das schreibt die nämliche „Volkszeitung“, die bisher die nationalliberale Erfolgsanbetelei nicht laut genug verdammen konnte!

Die Bamberger, Meß und Consorten haben in Hesse-Darmstadt einen Verein gegründet, dessen Zweck es ist, die freie Entwicklung zu fördern und den Eintritt der Südhälfte des Großherzogthums in den Nordbund zu erwirken. Freie Entwicklung und Nordbund, — das erinnert in

der That an die berühmte „Pressfreiheit mit Censur“, und zeigt, daß Bamberger trotz der ernstesten realpolitischen Studien seines reiferen Alters die tollen Jugend-Späße noch nicht verlernt hat.

Von den Soldschreibern der preußischen Regierung und dem Nationalverein, diesem Bund von „Todtengräbern“ der deutschen Einheit, ist bekanntlich stets versucht worden dem seligen Bundestage die Schuld aufzubürden, daß zur Einigung Deutschlands nie etwas geschehen sei. Immer wurde die Eifersüchtelei, besonders der kleinen deutschen Fürsten, als das Hinderniß bezeichnet. Die bereits im „Demokrat. Wochenblatt“ erwähnte Denkschrift des entthronten Kurfürsten von Hessen wirft unter Andern auch diese Behauptung in ihr Nichts zurück und zeigt, daß Preußen der Schuldige ist, indem es, dem Herkommen seiner Politik gemäß, allen beim Bunde eingehenden Anträgen auf innere Einigung Deutschlands hinderlich entgegentrat, so dem Antrage auf Einführung gleichen Maßes und Gewichts vom 23. Februar 1860 durch Erklärung vom 28. Juni und 27. Oktober desselben Jahres; dem Antrag auf Herbeiführung einer gemeinschaftlichen Civil- und Criminal-Gesetzgebung vom 17. Dezember 1859 durch Erklärung vom 5. Januar 1860, 6. Februar, 17. Juli und 13. November 1862; dem Antrag auf gemeinschaftliche Patentgesetzgebung vom 26. Juli 1860 durch Erklärung vom 1. August, 5. Dezember 1861 und 24. Juli 1862; dem Antrag zum Schutz des geistigen Eigenthums vom 23. Januar 1862 durch Erklärung vom 30. Januar, 16. Oktober 1862 und 2. Juli 1863; dem Antrag auf Delegirten-Versammlung zu bestimmten Zwecken vom 14. August 1862 durch Erklärung vom 18. Dezember desselben Jahres und 22. Januar 1863. Bald die Herren Nationalliberalen zu diesen, nicht „aus der Welt zu schaffenden“ Thatfachen sagen werden?

Wir berichteten jüngst von den neuen Gewohnheiten, welche süddeutsche Offiziere aus Preußen zu importiren beginnen. Einer derselben, ein badischer Hauptmann, der seine Soldaten Backsteine in den Tornistern tragen ließ, hat damit Unglück gehabt: er wurde, wie man dem Stuttgarter „Beobachter“ schreibt, bei den letzten Manövern von hinten erschossen. Wahrhaftig, diesen Süddeutschen geht doch das Verstandniß für den achten militärischen Geist ab. Eine andere, bisher noch nicht erwähnte Gewohnheit besteht darin, daß einzelne Offiziere, namentlich in Württemberg, ihrer Mannschaft für nächstes Frühjahr einen gemeinschaftlichen Besuch in Paris ankündigen.

In Oesterreich die alte Feier. Aus Böhmen klagt man neuerdings über sozial-demokratische Umtriebe, hauptsächlich aus der unzufriedenen Arbeiterklasse rekrutirend die czechische Partei. Wenn die Regierung den Arbeitern gegenüber dieselbe Ungeschicklichkeit an den Tag legt, wie bei der Behandlung der Czechenpartei, dann können wir uns allerdings auf baldige „Störungen der Ordnung“ gefaßt machen.

Der Papst hat ein apostolisches Schreiben an alle Protestanten und Nichtkatholiken erlassen, in dem er dieselben zur Rückkehr „in den einzigen Schaafstall Christi“ auffordert. Der Schaafe giebt's wohl genug, aber wer möchte es der Welt auf die Nase binden?

In Rumänien wieder Judenverfolgungen; dagegen ist es an der türkischen Grenze still geworden. Die Juden haben keine Waffen, und mit den Schießgewehren der bösen Türken zu spielen, könnte mitunter Schmerz verursachen.

Aus Griechenland die nicht überraschende Nachricht, daß das Defizit für das vergangene Jahr 11 Millionen Drachmen beträgt, d. h. ungefähr 3 Millionen Thaler; für dieses arme Land eine ungeheure Summe, jedoch den Bewohnern

wohl kaum auffällig, da sie, seit dies armselige „Königreich“ von der Diplomatie zurecht geschliffen wurde, noch nie ein Budget ohne Defizit gehabt haben. Vermuthlich, weil das Defizit nicht groß genug ist, will die Regierung bedeutende Waffeneinkäufe machen — das nöthige Geld wird Rußland vorstrecken.

Aus Alexandria und aus Constantinopel trifft gleichzeitig die Nachricht ein, daß ein Mordversuch auf den Vizekönig von Aegypten gemacht, und eine Verschwörung gegen das Leben des Sultans entdeckt worden sei.

Die Staatswahlen, welche alljährlich um diese Zeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika statt finden, bekunden heuer nach den letzten Berichten einen sehr starken Zuwachs der republikanischen Partei, so daß die Erwählung Grants zum Präsidenten vollkommen gesichert erscheint.

In der letzten Sitzung des Berliner Arbeitervereins (Montag den 5. d.) wurde nach langer Debatte auf Antrag des Herrn Max Hirsch, der nach der neuesten Mode das Gepeist des Kommunismus an die Wand gemalt hatte, mit 32 gegen 28 Stimmen beschlossen, über die Frage des Anschlusses an die Majorität des Nürnberger Arbeitertages zur Tagesordnung überzugehen. Das Resultat wurde dadurch erreicht, daß sich in der Woche vorher 10 Freunde des Herrn Max Hirsch (nicht zu verwechseln mit dem braven Carl Hirsch) in den Verein hatten aufnehmen lassen, der nun glücklich über sich selbst zur Tagesordnung übergegangen ist. Die Minorität wird einen neuen Verein gründen: sie hat ihren Austritt in folgendem Protesschreiben erklärt:

Die Unterzeichneten, bisher und zum Theil seit vielen Jahren Mitglieder des Berliner Arbeitervereins, erklären hierdurch öffentlich ihren Austritt aus dem genannten Verein und begründen diesen Schritt folgendermaßen:

Die gegenwärtige Bewegung unter den Arbeitern Deutschlands ist nicht durch künstliche Agitationsmittel hervorgerufen, sondern in natürlicher Entwicklung der Dinge die Folge der bisherigen politischen Unterdrückung und sozialen Bevormundung der Arbeiter.

Darum halten wir es für die Pflicht aller deutschen Arbeiter, in solchen Fragen, welche die Interessen ihres Standes betreffen, offen Partei zu ergreifen, Mannesmuth und Mannesbewußtsein an den Tag zu legen und rückhaltlos sich zu erklären, gleichviel ob für oder gegen bestimmte soziale Bestrebungen der Gegenwart.

Von diesem Bewußtsein ist der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg durchdrungen gewesen, als unter ausdrücklicher Verwerfung eines Compromißvorschlages seine Majorität sich für, die Minorität sich gegen die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation entschieden hat.

Die unvermeidliche Folge des Beschlusses war eine Spaltung des Verbandes der deutschen Arbeitervereine in zwei einander feindlich gegenüberstehende Parteien. Wir sympathisiren mit der Nürnberger Majorität und bekämpfen, aber achten die Minorität.

Für den Berliner Arbeiterverein hat es sich in drei Sitzungen darum gehandelt, sich für eine der beiden Richtungen zu entscheiden. Nach vierwöchentlicher Arbeit hat er sich zu keinem anderen Beschluß emporzuraffen vermocht, als über diese für den gesammten Arbeiterstand höchwichtige Frage zur Tagesordnung überzugehen.

Dem Verein lag der Antrag vor, seine Zustimmung zur Haltung der Nürnberger Majorität zu erklären. Ein Gegenantrag, im Interesse der Nürnberger Minorität, war von Seiten des anwesenden Vertreters dieser Richtung nicht eingebracht worden. Herr Dr. Max Hirsch hatte sich damit begnügt, eine ausweichende motivirte Tagesordnung zu beantragen. Als für diese motivirte Tagesordnung im Laufe des ganzen Abends nicht eine Stimme außer der seinigen sich erhoben hatte, zog er seine Motive zurück und ließ bloß den Antrag auf Tagesordnung stehen. Diese wurde mit 32 gegen 28 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Hierdurch hat nach unserer Ueberzeugung der Verein in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sein Todesurtheil gesprochen. Ein politischer Verein, welcher nach vierwöchentlichen Debatten nicht die Kraft hat, Farbe zu bekennen und sich für oder gegen ein scharf und bestimmt ausgesprochenes Parteiprogramm zu erklären, hat kein Recht

der Existenz, keinen Anspruch auf die rege Theilnahme seiner Mitglieder, keinen Anspruch auf die Achtung seiner Gegner.

Durchdrungen von der Wichtigkeit und Bedeutung, welche die Vereinigung der Arbeiter in politische Vereine für die gesammte Arbeiterklasse hat, haben wir uns entschlossen, sofort mit Gründung eines neuen Arbeitervereins vorzugehen, welcher in sozialer Beziehung auf dem Standpunkt der Nürnberger Majorität stehen und in politischer Beziehung sich der deutschen Volkspartei anschließen soll. Wir ersuchen unsere Gesinnungsgenossen, uns hierbei zu unterstützen und sich mit uns zu gemeinsamer Thätigkeit zu verbinden.

Berlin, 6. Oktober 1868.

Der Offenbacher Arbeiterverein, dessen Delegirter Heiligenstadt auf dem Nürnberger Tag gegen das Programm gestimmt, und seinen Austritt erklärt hatte, hat beschlossen, in dem Verband der deutschen Arbeitervereine zu bleiben.

Die Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Altona hat in ihrer Generalversammlung vom 23. Aug. den Beschluß gefaßt:

- 1) sich der Internationalen Arbeiterassoziation anzuschließen und
- 2) mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß alle übrigen Gemeinden Schleswig-Holsteins diesem Beispiele folgen. Brav so!

An die deutschen Schuhmacher.

Dem Generalkath der Internationalen Arbeiter-Assoziation (in London) ist angezeigt worden, daß mehrere deutsche Schuhmacher in Liverpool eingetroffen sind, wo die daselbst wohnhaften Arbeiter die Arbeit eingestellt haben. Die Schuhmacher in Deutschland werden daher ersucht, sich nicht nach Liverpool engagiren zu lassen, weil sie dort nur zur Unterdrückung ihrer eignen Collegen und zur Schädigung ihrer eignen Klasseninteressen benutzt werden sollen.

Zur Auflösung des Lassalle'schen Arbeitervereins.

Dem unter obiger Ueberschrift erschienenen Aufsatz (in der vorigen Nummer) ist am Schluß des Citats aus der Engels'schen Broschüre über das allgemeine Stimmrecht folgende Note beizufügen:

Der von Lassalle dem Verein vererbte „Präsident der Menschheit“, Bernhard Becker, überhäufte damals „die Partei Marx“, d. h. Marx, Engels und Liebknecht, mit den insamsen Beschimpfungen*). Jetzt, in seiner Schmutzschrift: „Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's“, welche seine eigene Jammerseele bloßlegt und nur durch die darin abgedruckten unterschlagenen Dokumente Interesse hat, verballhornt derselbe Becker den Engels wie folgt:

„Allein, warum wird nicht für unbedingte Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit agitirt? Warum suchen sich die Arbeiter nicht der ihnen in der Reaktionszeit angelegten Fesseln zu entledigen? (S. 133)... Nur durch Weiterentwicklung der demokratischen Basis kann der Lassalleismus aufgefrischt und in lauterem Sozialismus hinübergeleitet werden. Hierzu ist unter Andern nöthig, daß die Interessen der Junker oder vermöglichen Gutsbesitzer nicht mehr geschont, sondern daß die sozialistische Theorie durch Anwendung auf die große Masse der Landarbeiter, die in Preußen

*) Das saubere Geschäft wird jetzt von der Gräfin Sayfeldt, der „Mutter“ der Försterling-Mende'schen Karkatur des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, fortgesetzt.

die Bevölkerung der Städte bei weitem überragt, ergänzt und vervollständigt werde.“ (S. 134.)

Man sieht, der Verfasser jener Broschüre (F. Engels, kann mit der Wirkung auf seine Gegner zufrieden sein.

Der „allgemeine deutsche Arbeitercongrès“ zu Berlin.

Ueber die Motive zur Berufung dieses Congresses spricht die Berliner „Volkszeitung“ in ihrem Leitartikel vom 23. September d. J. sich folgendermaßen aus:

„Wir haben in mehreren Nummern vom 7., 11. und 12. August einen Brief unseres Correspondenten, des Herrn Dr. Max Hirsch*) aus London veröffentlicht, worin die Organisation, die Ziele und die Erfolge der englischen Trades' Unions oder Gewerksvereine in anerkanntester Weise geschildert worden. Schon in diesem Briefe wurden die englischen Gewerksvereine als ein Muster für Deutschland hergestellt, und wir beabsichtigten, binnen Kurzem eine Reihe von Artikeln über diesen hochwichtigen Gegenstand zu bringen und die Gründung von Gewerksvereinen nach englischem Vorbild den Arbeitern Deutschlands dringend zu empfehlen.“

Inzwischen haben sich die Herren Schweizer und Fritzsche, die Kenner eines Theils der sogenannten Cassalleaner mit ihrer gewohnten Behendigkeit des Gedankens bemächtigt. Dieselben erließen unterm 27. August einen Aufruf an die Arbeiter Deutschlands, worin zur Besprechung und Einrichtung alles dessen, was mit den Arbeitereinstellungen zusammenhängt, ein allgemeiner deutscher Arbeitercongrès zum 27. September nach Berlin berufen wurde.“

So weit die „Volkszeitung“. Sie gab diese offene Erklärung ab, nachdem die allerwärts in ganz Norddeutschland vollzogenen Wahlen zum Berliner Arbeitercongrès ihr bewiesen hatten, daß die Idee wirklich zeitgemäß gewesen war und an dem Zustandekommen des Congresses nicht mehr gezweifelt werden konnte.

Wenn nun auch die „Volkszeitung“ den Herren v. Schweizer und Fritzsche die unmittelbare Veranlassung zu ihrem Aufruf an die deutschen Arbeiter gegeben haben mag, so gebührt doch das Verdienst, den Congrés zu Stande gebracht zu haben, ausschließlich den Herren von Schweizer und Fritzsche und der Energie ihrer Anhänger, der Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Während die Führer sich mit Ausarbeitung der Vorlagen für den Congrés beschäftigten, verstanden letztere es vortrefflich, die Arbeiter ihrer respectiven Bezirke für die Idee der zu gründenden Gewerkschaften zu begeistern und brachten es dahin, daß zum Congrés 206 Delegirte abgesandt wurden, die angeblich 142,008 Arbeiter aus 110 Orten vertraten. Die bei weitem größte Mehrzahl der Delegirten war aus Norddeutschland. Aus Süddeutschland waren vertreten: Mannheim (300 Cigarrenarbeiter, 300 Buchdrucker, Schneider- und Arbeiter-Verein), Heidelberg (20 Cigarrenarbeiter), Augsburg (1000 Arbeiter), Würzburg-Heidingsfeld (80 Arbeiter), Offenbach (620 Bauhandwerker, Bäcker, Handarbeiter und Metallarbeiter, 316 Buchbinder, Graveure und Portefeuillearbeiter, 295 Schuhmacher, Schneider und Cigarrenarbeiter), Speier (30 Arbeiter, 10 Cigarrenarbeiter), Stuttgart (80 Cigarrenarbeiter), Freiberg in Baden (74 Zimmerleute). Alle übrigen Delegirten waren von den Haupt handels- und Industriestädten des norddeutschen Bundes, fast nur von solchen Plätzen, an welchen der Cassalle'sche Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Wurzel gefaßt hatte, und die Delegirten waren bis auf wenige Ausnahmen sämmtlich Cassalleaner, Mitglieder des inzwischen pro forma aufgelösten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dieser Umstand gab dem Congrés von vorn herein das Gepräge einer großen allgemeinen Cassalleaner-Versammlung.

Dem gegenüber war Herr Dr. Max Hirsch, wenn er nicht

*) Mit den englischen Studien dieses Herrn werden wir uns gelegentlich beschäftigen.

die ganze, seiner Ansicht nach von ihm ausgehende Bewegung in den Händen seiner Gegner lassen wollte, genöthigt, sich nach einer Vertretung im Congrés umzuschauen. Er wählte sich hierfür die Berliner Maschinenbauer aus. Unter diesen nämlich hat sich ein aus 300—400 Mitgliedern bestehender Verein gebildet, der unter der Leitung des Abgeordneten und Kreisrichters a. D. Parisius und des Ingenieurs Blum eine Hauptstütze des Schulze'schen Genossenschaftswesens bildet. Diese beiden Herren in Gemeinschaft mit 10 Maschinenbauern beriefen nun eine allgemeine Maschinenbauer-Versammlung, in welcher die Stellung der Maschinenbauarbeiter zum bevorstehenden Arbeitercongrés verhandelt werden sollte, zu welcher die Herren Abgeordneten Franz Dunder, Löwe-Calbe, Schulze-Delitzsch und Dr. Max Hirsch eingeladen wurden, und welche gegen das Eindringen fremdartiger und feindseliger Elemente dadurch geschützt wurde, daß der Zutritt zu dem 1500 Personen fassenden Versammlungsort abhängig gemacht wurde von Vorzeigung des Statutenbuches der General-Krankenkasse. Die Folge dieser Vorsichtsmaßregel war eine Versammlung von nur 500 größtentheils zur Bruderschaft gehörigen Maschinenbauern und deren Führern. Sie fand statt zwei Tage vor Eröffnung des Arbeitercongresses, unter Vorsitz des Abgeordneten, Verlagsbuchhändlers und Buchdruckereibesizers Franz Dunder. Hauptredner waren Dr. Max Hirsch und Schulze-Delitzsch. Gewählt wurden 12 Herren als Vertreter der Berliner Maschinenbauer auf dem Congrés, darunter die Arbeiter Dr. Max Hirsch, Literat Hugo Weise und der Ingenieur Blum.

In dieser Versammlung ereignete sich folgender bemerkenswerthe Zwischenfall, den wir nach dem Bericht der „Zukunft“ wiedergeben.

Abgeordneter Schulze-Delitzsch, bei seinem Auftreten vor stürmischem Beifall der Versammlung begrüßt, sagte:

„Mir ist es nicht so leicht geworden, in die Versammlung zu kommen, da ich die eine Hälfte des Jahres theils im Parliamente beschäftigt bin, theils mich auf fortwährenden Reisen für das Wohl der Arbeiter befinde. Dafür dränge ich mich zu öffentlichen Versammlungen nicht, mich ruft man in ganz Deutschland! (Beifall.) — Auch ich will mich nicht an den Persönlichkeiten des Congresses stoßen, aber es kommt doch immer auf die Leute an, die das erste Wort gesagt haben; die Bedeutung der Versammlung läßt sich kaum von den Personen trennen. Es herrscht Zwietracht im Reiche der Sozialdemokratie, Sagsfeld, Rende, Schweizer, Försterling. Ich bedauere das Verbot des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, zu dem nur eine sehr geringe Minorität der deutschen Arbeiter gehört hat. (Rufe: Oho! Ihr „Oho!“ macht mich nicht irre, ich bin nicht der Mann, der sich dadurch einschütern läßt. Im Interesse und zur Ehre des deutschen Arbeiterlandes behaupte ich noch einmal, nicht viele Arbeiter haben am Röder angebissen. (Beifall.) Die Herren mögen sich für die Auflösung bei der preussischen Regierung bedanken, dadurch haben sie sich der Bewegung bemächtigt. Abgehen von den Personen, von denen ich nicht gerne spreche, sind eine Masse Widersprüche in den Zielen des Congresses: Arbeitseinstellungen in Masse sind im Verhältnis zu den Prinzipien Cassalle's eine Tollheit und Unfian! — Die Herren wollen ja durch Staatskredit Mittel haben, um selbst Unternehmen zu machen zu werden, also richtet sich ihr gegenwärtiges Unternehmen der Arbeitseinstellung gegen die Arbeiter als Unternehmer, das ist ja verächtlich! (Beifall!) Erst sagt man, die Arbeiter können nicht sparen, und nun sollen sie durch Sparen 50,000 Arbeiter aus ihrer Kasse unterhalten können, so ist wörtlich zu lesen. Ist Ihnen, meine Herren, der lächerliche Widerspruch und Unfian nicht gleich ersichtlich (Beifall!) Zum Selbstunternehmen können Sie nicht sparen, aber zum sozialen Kriege, da können Sie es! Das ist die große Weisheit. Solches Zeug und solche Thaten hat man die Stirn Ihnen, wirklichen Thaten gegenüber, aufzuschwätzen? Die Pioniere von Nordamerika! Dieser merkwürdigen, wunderbaren Erscheinung gegenüber reden Sie mir immer von der „Unerbittlichkeit“ des Kapitals? Wenn das wahr ist, und es ist in gewissem Sinne wahr, um so mehr müssen Sie streben mit gleichen Waffen entgegenzutreten. Sie müssen sich dieses „unerbittlichen Kapitals“ unterwerfen. Wir wollen nicht, wie bei dem Aufruf zum Congrés, rufen: „Nieder mit dem Kapital!“ sondern: „Her mit dem Kapital!“ (Lebhafte Beifall.) — Nun muß ich noch

diese zur Verteidigung einzuladen. (Großer Lärm, Redner tritt ab; Aufe: Buchdrucker!) — Herr Duncker: Es hat Jemand die Unverschämtheit gehabt, „Buchdrucker“ zu rufen, damit meint er wohl mich. (Lnrube. Es stellt sich heraus, daß der Rufer mit dem Worte „Buchdrucker“ den Herrn Kärgen habe bezeichnen wollen, theils um dessen Legitimation zum Sprechen zu bezweifeln, anscheinend aber auch, um dessen sozialistischen Geist zu bezeichnen.)

(Schluß folgt.)

Der Staat und die soziale Frage.

Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Wohlfahrt ihrer Mitglieder durch die gemeinschaftliche Arbeit, und dies ist auch der Zweck des Staates. Die Gesellschaft wird aber erst zum Staat, indem sie, wie dies schon in dem Worte liegt, ständig wird, d. h. indem sie sich mit ihrer Arbeit dauernd an den Boden knüpft. Die Jägervölker Amerikas, die Nomaden, welche mit ihren Kamel- und Schafherden das große Wüstenbecken Centralasiens durchziehen, bilden zwar auch Gesellschaften, aber keine Staaten. Es sind Horden, Stämme, wie es die nomadisirenden Juden waren, die erst einen Staat bildeten, als sie nach der Eroberung von Palästina in Ackerbauer sich verwandelten.

Es liegt nun auf der Hand, daß die Staatsgesellschaft aufhören muß, ihren eigentlichen Zweck zu erfüllen, sobald sich eine einzelne Person oder eine besondere Klasse zu ihrem Herrn aufwirft. Von diesem Augenblicke an tritt die Wohlfahrt Aller in den Hintergrund vor den Interessen dieses Herrn, und nur so weit sie es gestalten, kann von einer Förderung jener die Rede sein. Fortan hat die Arbeit der Gesellschaft zunächst die Bedürfnisse dieses Herrn zu befriedigen; Schweiß und Blut, Geld und Leben der Staatsbürger gehören zunächst ihm. Es tritt eine Ausbeute Aller zum Nutzen eines Einzelnen oder einer Klasse ein. Der Staat wird auf den Kopf gestellt, eine Lage, in der er sich natürlich nur durch die Anwendung von Gewaltmitteln behaupten kann. Es ist aber, wie Rousseau schon in seinem „Gesellschaftsvertrag“ bemerkt, Niemand stark genug, um in der Gesellschaft immer Herr zu bleiben, wenn er nicht das Mittel, durch welches er zur Herrschaft gelangt ist, d. h. die Gewalt in Recht verwandelt und den Gehorsam in Pflicht, Recht und Gewalt aber sind unversöhnliche Gegensätze und man gehorcht der letzteren niemals aus Pflicht, sondern aus Nothwendigkeit.

Alle Staatsgesellschaften haben das Geschick gehabt, daß sich in ihnen schon in alten Zeiten Einzelne oder eine besondere Klasse zu Herren aufwarfen und ihr persönliches oder Klassen-Interesse an die Stelle des Staatszweckes setzten. Die Jahrhunderte, welche seitdem verfloßen sind, haben zwar manche äußere und innere Veränderungen und Umgestaltungen bewirkt, allein mit Ausnahme zweier Staatsgesellschaften, der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, wird noch heute der Staatszweck der Wohlfahrt der herrschenden Personen oder Klassen untergeordnet, und nur auf Augenblicke ist es den Anstrengungen der Gesellschaft gelungen, den Druck der Gewalt abzuschütteln und die Förderung der Wohlfahrt Aller durch die gemeinschaftliche Arbeit als den wahren Staatszweck zur Geltung zu bringen. Die Folge davon ist, daß es stets eine soziale Frage gegeben hat. Denn gesellschaftliche Uebel sind unausbleiblich, sobald der wahre Zweck der Staatsgesellschaft verletzt wird, und Einzelne zu ihrer Wohlfahrt die gemeinschaftliche Arbeit ausbeuten. Daraus folgt weiter, daß die sozialen Fragen aus politischen Ursachen entspringen.

Ein Beispiel wird dies deutlich machen. Die Sklaverei und die Leibeigenschaft waren die sozialen Uebel, an denen

der Angriffe gegen die Fortschrittspartei erwähnen, und ich kann dies um so eher, als man ja immer bei dergleichen Angriffen meine Person ausgenommen und gesagt hat: „Der Schulze, der hat etwas für die Arbeiter gethan!“ Aber ich muß meine Partei gegen die hohlen Deklamationen der Gegner in Schutz nehmen. Die Fortschrittspartei hat die Arbeiterfrage dadurch in die Hand genommen, daß sie Ihnen die politische Koalitionsfreiheit beantragt hat. Es ist gesagt worden, daran ist Lassalle schuld; eine solche Ueberheit, gegen sich selbst zu agitieren, ist Lassalle gar nicht eingefallen, das vertrat sich mit Lassalle nicht. „Das ist ja ein Widerspruch, ein Nonsens, wenn man es geradezu deutsch sagen will.“ — Es giebt nur eine Lösung der sozialen Frage, diese liegt in Ihrer eigenen Thätigkeit, in Ihrer sittlichen Energie. Dies habe ich Ihnen hundertmal gesagt, und Sie können es in meinem Katechismus gedruckt lesen. Die Fortschrittspartei hat unbedingt gleiches politisches Recht für Alle verlangt, unbeschränktes Vereinsrecht (Beifall.) Damit allein haben wir uns jedoch nicht begnügt, wir sind noch weiter gegangen, und da sollen Sie mir noch von der andern Partei die Nachfolge beweisen. Volle politische und humane Bildung. (Beifall.) Die andere Partei hat als einzige Panacée ausgehängt das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aber wir haben es an Frankreich gesehen, was es nützt, wenn nicht Bildung dabintritt. Wer hat Ihnen belebende Verträge gehalten? Haben die Führer der Fortschrittspartei je gefehlt, wenn Sie sie gerufen haben? Keine, als diese, ist so sehr für die Volksbildung eingetreten. — Ich habe nach oben nicht geschmeichelt — da gehöre ich zu den Verhasteten — und will auch Ihnen nicht schmeicheln. Erst schaffen Sie sich Bildung! (Beifall.) Zu der Pariser Industrie-Ausstellung haben wir 131 Arbeiter hingeschickt aus Mitteln, die wir zusammengebracht. Das heißt: etwas für die Bildung thun! Wenn die andere Partei gleiche Thaten aufweisen kann, dann mag sie kommen! Ich gebe zu, die Strites haben eine Geschichte, ich erinnere an die Tuchmacher in Burg und an die Buchdrucker! Zu wem sind aber diese Leute gekommen? Zu mir sind die Tuchmacher gekommen. Man muß die Dinge kennen, um den müßigen Schwärzereien unnützer Buben entgegenzutreten. (Beifall.) Ich halte die gewerkschaftlichen Vereinigungen für gut, habe dies wiederholt ausgeführt, aber sie müssen im rechten Moment gebraucht werden. Freilich können sie auch gemißbraucht werden, aber ein Recht verweigern wollen, weil es, ungeschickt gebraucht, nachtheilig wirken kann, — diesen Standpunkt kann ein vernünftiger Gesetzgeber nicht einnehmen. Jedes Recht kann verfehrt gebraucht werden. — In dem „allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ war die Centralisation von oben herunter; die Centralisation war da, aber keine Mitglieder. Der General geht mit der Werbetrömel heraus, aber Soldaten fehlen. Das Gegentheil hiervon sind die Genossenschaften. Erst als ein paar Hundert Vereine in Weimar zusammen waren, schufen sie sich — ein Centralorgan? nein, nur einen Geschäftsführer, und das bin ich. Wer uns da mit Autoritäten läme, den würden wir eilich nach Hause geschickt haben. (Beifall.) Da schwägt nun so ein Herr Eichhoff neulich in einem Bezirksvereine den Leuten vor: die Genossenschaften haben nichts los, aber die Genossenschaftsbank ist ein famoseres Institut. (Beifall.) Von Produktivgenossenschaften schwägt man den Leuten vor, ich wolle sie nicht, im Gegentheil, sie machen mir am meisten zu schaffen, ich bin nur ein Feind von verspöchten, aber nicht von gelungenen Produktivgenossenschaften; ich habe selbst dabei mein Geld zugesetzt. — Die Kapitalsätze des Aufruhrs sind lächerlich. Jeder will das Kapital haben. Niemand kann es entbehren. Werkzeuge, Rohstoffe u. s. w. Alles ist Kapital. Wollen Sie ohne Instrumente arbeiten? Dies ändern, heißt die Naturgesetze ändern. Das Kapital zieht sich leicht aus der Industrie eines Landes zurück; das ist nicht das Mittel, den Arbeitern aufzuhelfen. — Redner verbreitet sich nunmehr im Anschlusse an den pro 1867 erstatteten Bericht über das Gedeihen der Genossenschaften und Volksbanken und fährt hierauf fort: Ich habe keine Lust, auf Persönlichkeiten einzugehen, ich will nicht des Herrn Schweizer und der Hayselb erwähnen, nicht daran erinnern, daß Liebknecht den Schweizer einen Doppelgänger Wagener's genannt hat, — lesen Sie jetzt nur in den reaktionären Blättern, sehen Sie nur den Jubel, den die Zeitler'sche Korrespondenz und sonstiges Nachtgedögel anstimmt. Einen besseren Dienst können Sie der Reaktion nicht leisten; Sie jagen, wie in Frankreich, die Bürger der Mittelarmut in die Arme, damit sie ihnen gegen die Arbeiter hilft. Die Kaisermacht in Frankreich ist nicht weiter, als die Diktatur gegen dies rothe Gespenst. — Jede Klasse, die ihre Sonderinteressen höher als die allgemeinen stellt, ist verloren, das sehen Sie an der feudalen Partei. Verhüte Gott, daß unsere kulturhistorische Mission einen ähnlichen Weg gehe. Wenn es geschähe, so würde das deutsche Volk in weite Wüstenwanderungen zurückgeschleudert werden. Sollte es anders werden mit Ihnen, dann — legen wir unser Mandat in Ihren Schooß nieder! (Anhaltender Beifall.) — Herr Kärgen: Es ist undemokratisch, vor einem Gewerke die Sozialisten herunterzureißen, ohne

Wien, den 5. Oktober.

die europäische Gesellschaft bis zum Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts krankte. Diese Uebel entstanden dadurch, daß die bestehenden Staaten durch eindringende Eroberer unterworfen wurden. Die Kriegsgefangenen wurden zu Sklaven, die übrigen Mitglieder der unterjochten Staatsgesellschaft zu Leibeigenen gemacht. Der Sieger nahm ihnen den Grund und Boden fort, den sie bisher als freie Leute besaßen hatten, und ließ diesen nun von ihnen in seinem Interesse bearbeiten. Die Ursache der Sklaverei und Leibeigenschaft waren also politischer Natur, und dieser Umstand erklärt es, warum der Sozialismus des Christenthums, da er die Politik durch den Satz ausschloß: Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist, unfähig war, diese soziale Frage praktisch zu lösen. Erst die große französische Revolution mit ihren Nachwirkungen auf ganz Europa vermochte es, indem sie die zum Recht gestempelte Gewalt der herrschenden Klasse zerstörte und die Gleichheit sämtlicher Mitglieder der Staatsgesellschaft an deren Stelle setzte.

Freilich unterlag diese Gleichheit später wieder der doppelten Reaktion des Adels und der Geistlichkeit; allein wie mächtig auch die Reaktion war, in welche Abhängigkeit und Unmündigkeit sie auch sämtliche Nationen zurückwarf, die Sklaverei und Leibeigenschaft vermochten sie nicht wieder herzustellen. Die freie Arbeit trat an deren Platz. Wenn sich aus derselben allmählich ein neues soziales Uebel, die unbeschränkte Macht des Kapitals, entwickelte; so ist auch daran wiederum nur der Umstand schuld, daß der wahre Zweck der Staatsgesellschaft gefälscht und jener Ausspruch Ludwig XIV.: „der Staat bin ich!“ allein maßgebend für den Herrscher und die herrschende Klasse wurde. Eine freie Gesellschaft gleichberechtigter Mitglieder würde die schädlichen Folgen, welche für die arbeitenden Klassen aus der Emanzipation des Kapitals sich entwickelten, verhindert haben. Sie würde einfach das Kapital, welches sich als Produkt der Arbeit in den Händen Einzelner ansammelte, je nach Maßgabe der Arbeit des Einzelnen auf die Gesamtheit verteilt und damit die Wohlfahrt Aller gefördert haben, statt daß sich nun Armuth und Reichthum, Darben und Schwelgen in schroffem Gegensatz gegenüber stehen. Aber die Gesellschaft war und ist nicht frei und die herrschende Klasse beförderte und befördert fortwährend das durch sie erzeugte Uebel; denn das anwachsende Kapital war für sie ein Mittel, ihre Macht nach außen hin auszudehnen und nach innen zu befestigen. Auf der anderen Seite diente die sich bildende Kapitalpartei gern mit ihrem Gelde der Staatsgewalt, denn diese dankte ihr dafür mit Gesetzen, welche dem Kapital gestatteten, die Arbeitskraft der Mehrheit der Staatsgesellschaft schrankenlos auszubeuten und auf diese Weise dem Arbeiter in Stadt und Land ein Loos zu bereiten, das viel schlimmer ist als das der früheren Sklaven. Denn der Sklave mußte doch immer als eine Sache, welche Geld kostete, in gewissem Grade von seinem Herrn geschont werden. Der sogenannte freie Arbeiter aber kostet nichts; er wird rücksichtslos aufgebraucht und weggeworfen, und sofort sind Andere bereit sich wieder aufbrauchen zu lassen.

So entspringt denn auch diese wichtigste soziale Frage der Gegenwart aus politischen Gründen. Mithin ist auch ihre thatsächliche Lösung nur möglich durch Umgestaltung der bestehenden staatlichen Verhältnisse. Die Staatsgewalt muß zum Ausfluß der gesammten Staatsgesellschaft gemacht werden. Den Arbeitern sagen: „bekümmert euch nicht um Politik!“ heißt daher nichts anderes, als sie auffordern, auf eine Verbesserung ihrer Lage Verzicht zu leisten und sich freiwillig zu einer ewigen Sklaverei zu verurtheilen.

Das Ministerium hat einen Miß bekommen und ist noch immer nicht im Stande denselben zu verkleiden. Ministerpräsident Fürst Auersperg hat seine bürgerlichen Kollegen auf ihren gepolsterten Stühlen sitzen lassen und ist auf seine böhmischen Güter abgereist, um das mühevollste Amt eines Vorsitzenden des Ministerrathes — welches er während seiner Amtsdauer vom Januar bis Ende August gegen hundert Mal zu pflügen gezwungen war — mit dem bequemeren eines ersten Cavaliers des Reiches ohne weitere Pflichten zu vertauschen. Ungewohnte Arbeit wird wohl die wahre Veranlassung zu seinem Abgange vom Schauplatz größerer politischer Thätigkeit gewesen sein, und der abgetretene ehrliche Mann würde gut thun, seine reichliche Muße in der Richtung zu verwenden, daß er den Jüngeren seiner speziellen Standesgenossen, deren Wünsche in Bezug auf das öffentliche Leben höher gehen, vor Allem die Gewohnheit der gleichmäßigen Arbeit anempfiehlt; denn vorüber ist es mit dem bloßen guten Willen, nichts ohne die dauernde That.

Auf der anderen Seite machen dem gequälten Ministerium die Herren Statthalter lebhaft zu thun. Der Statthalter des so wichtigen Böhmen, Freiherr von Kellersperg, erklärt öffentlich, daß er die im Privatgespräche gefallene ungebührliche Aeußerung über einige Minister nur dem Justizminister Dr. Herbst gegenüber aufrecht halte, und setzt sich dadurch mit dem Ministerium, das doch einen Kollegen nicht ohne weiteres persönlichen Angriffen eines Untergebenen aussetzen will, in Konflikt, und bringt letzteres zugleich in nicht geringe Verlegenheit. An Kellersperg soll nämlich manches Schätzenswerthe sein und in der an politisch hervorragenden Männern so armen Zeit ist kein Ersatzmann für ihn zu finden; so mußte denn dem Vorwitz Anheimgefallene vor der Hand auf sechs wöchentlichen Urlaub wandern. Anders verhielt es sich mit dem Grafen Agenor Goluchowski, Statthalter Galiziens.

Die Polen leiden alle an einem Heer von Idealen, das ihre Köpfe für die praktische Durchführung des gegebenen und erreichbaren Guten unfruchtbar macht. Man muß Galizien kennen, um über die dortigen Verhältnisse und Bestrebungen ein halbwegs richtiges Urtheil zu haben. Die Bewohner dieses Landes sind größtentheils Bauern und zwar gehören diese zu den Aermsten und Unwissendsten, die die Erde trägt; sie sind sämtlich gut kaiserlich gesinnt, und neben Gott und ihrem Pfarrer kennen sie nur noch eine Autorität, und das ist die Majestät. Alle konstitutionellen Begriffe, und was sonst der Geist der Zeit in sich birgt, sind für sie nur so weit vorhanden als es der Kaiser — wie sie sagen — befiehlt. Dagegen hält der Adel und die Geistlichkeit — dieselben beiden Faktoren, die Polen so elend und unglücklich gemacht haben, wie es dies ist — das Heft der Bewegung in den Händen, und mit ihnen wetteifern nur einige tüchtige Advokaten, hinter denen der kleine, nur in den wenigen größeren Städten lebende Bürgerstand steht. Diese beiden der letztgenannten Parteien wollen die Regeneration Polens um jeden Preis; jene, um ihren alten verrotteten völkerschädlichen Grundfäßen wieder eine feste Stütze zu verschaffen; diese wohl mit vollen patriotischen Gefühlen und gutem Willen, aber ohne jegliches Verständniß des allgemeinen menschlichen Freiheitsgedankens, der ja nie und nimmer in der Fessel des blinden Glaubens an die Unübertrefflichkeit seiner Nationalität seine Verwirklichung finden kann. Dieselben sind es nun, die, nachdem ihnen die österreichische Verfassung die Möglichkeit der freien Bewegung gewährleistet; wohl diese Grundlage annehmen, aber nur um dieses ihr Idol in's Blaue

hinein zu verfolgen, zugleich aber alles, selbst das Beste zurückweisend, was nicht auf ihrem nationalen Boden gewachsen ist, aus dem läppischen Grunde, weil es von Deutschen kommt. Diese Bornirtheit kennzeichnet sich in den Worten Ziemialowski's bei Gelegenheit der Schulgesetzdebatte im Reichsrathe: „Was nützen uns alle Freiheiten der Welt, wenn unsere Kinder nicht polnisch sprechen könnten, um diesen Preis wiesen wir sie alle zurück.“ Der letzte Landtag nun hat sich denn auch in diesen Bestrebungen verloren, die im Verneinen und im Wollen von Unmöglichkeiten liegen.

Der Statthalter, Graf Soluchowski, nun machte offenbar kein Hehl daraus, daß er mit zu denen gehört, die Galizien um eines neuen Polenreiches Willen von der österreichischen Monarchie seiner Zeit losgetrennt wissen wollen, und verging sich damit und mit der darin liegenden Schwäche gegen die ankämpfenden Parteien an den Prinzipien der augenblicklichen Regierung, die er am Landtage vertrat, und mußte seiner Aufrichtigkeit zum Opfer fallen. Denn so frei auch der Gedanke ist, so ist doch das Wort gebunden durch den Augenblick. — Nach einem Ersatz sucht man vergeblich.

Während die meisten Landtage Cisleithaniens (des nicht ungarischen Theils der Oesterreichischen Monarchie) sich dem Ende der Session zuneigen, beginnt der Tyroler Landtag erst heute seine wichtigste und für ihn wohl auch folgenreichste Aufgabe.

Das Schulaufsichtsgesetz kommt nämlich heute daselbst zur Berathung. Während die Regierungsvorlage auch darin von dem Grundsätze der Trennung der Schule von der Kirche ausgeht, und zugleich möglichst gerecht gegen alle Concessionen zu werden sucht, hat der glaubensstarke Ausschuß des Landtages, in dem die Liberalen in Minorität sind, dieselbe dahin umgeändert, daß die Geistlichkeit in Ort und Bezirk die alleinige Aufsicht über die Schulen inne haben soll, in dem Landesschulrath jedoch neben niederen Geistlichen wenigstens 3 Bischöfen Sitz und Stimme zufallen möge. Monsignore Vater Greuter nannte sich in einer vor Kurzem im Zillerthale abgehaltenen Volksversammlung „einen Kämpfer mit Roth und Weiß gedeckt“ und forderte die Versammelten auf, mit Gebet und That solchen Kämpfen zu helfen bei ihrem schweren für Land und Leute so wichtigen Kampfe, wie der ist, der heute in Anbruch begonnen. — Sie drohen uns mit Gewalt, diese schwarzen Ritter eines falschen heiligen Geistes, und wir müssen den Handschuh aufheben. —

Aus England.

London, den 5. October.

Die spanische Revolution wird hier als eines der natürlichsten Dinge von der Welt angesehen. Kein Wort des Bedauerns, kein Laut des Mitleids für die gekrönte Schwelgerin ist der englischen Presse entschlüpft. Mehrere Zeitungen besprechen die Frage, wer zunächst berufen werden möge das königliche Amt zu bekleiden, gelangen jedoch zu keinem befriedigenden Resultate. Nur ein Blatt, der „Leader“, der von Rechtswegen die Republik befürworten sollte, hält es für möglich, daß sich Isabelle, mit Napoleons Hilfe, weiß waschen und den Thron wieder einnehmen könne. Das Wort Republik mag man kaum aussprechen, und doch scheint die republikanische die einzig mögliche Regierungsform in einem Lande, wo so viel Blut vergossen worden ist für königliche Prätendenten und wo das Königthum alle moralische Macht verloren hat. Gegenüber den royalistischen Fraktionen ist die republikanische Partei jedenfalls die stärkste, und wenn sie im Augenblick nicht

stark genug ist, den Royalisten (Anhängern des Königthums) ihr Programm aufzudrängen, so sind die Royalisten zu schwach, irgend etwas auf eigene Faust zu unternehmen. Nur die Republik bietet einen Zustand, in welchem alle Parteien gleich stehen.

Die Association der socialen Wissenschaften hat ihren Jahreskongreß zu Birmingham abgehalten. Der Präsident, Lord Carnarvon, sprach in seiner Eröffnungsrede über die Trades-Unions (Gewerkschaften). Er erkannte die Nothwendigkeit ihrer Existenz an, beschwerte sich aber darüber daß sie so häufig, bei Gelegenheit von Arbeitseinstellungen, Gelder verausgabten, die zu anderen Zwecken eingezahlt würden. (?) Er hält es für zweckmäßig, daß die Rechnungen der Trades Unions von obrigkeitlichen Wegen untersucht und beglaubigt werden (!), damit neu eintretende Mitglieder wissen, was sie zu erwarten haben. Ein anderer Punkt, welcher zur Discussion kam und Erwähnung verdient, sind die Eisenbahnen. Lord Carnarvon sprach es als seine Ueberzeugung aus, daß der Staat in kurzer Zeit die Eisenbahnen in Staatseigenthum wird verwandeln und von Staats wegen betreiben müssen, wie es mit den Telegraphen bereits geschehen. Ein Sprecher sagte, die Eisenbahnfrage sei bereits auf dem Punkte angelangt, wo der Privatbetrieb nicht länger mit den Bedürfnissen der Bevölkerung im Einklang stehe, und daß diese Bedürfnisse auf die Nothwendigkeit des Staatsbetriebs hinwiesen.

Disraeli hat eine Ansprache an seine Wähler erlassen in welcher er nachzuweisen sucht, daß seine Partei alle von der früheren liberalen Regierung begangenen Fehler wieder gut gemacht habe und daß man nach Annahme der Reformbill die letzte Session hätte friedlich beenden und den Urtheilspruch der Neuwahlen abwarten können. Der Führer der Opposition, Gladstone, habe diesen friedlichen und natürlichen Lauf der Dinge unterbrochen. Am Schlusse eines ablebenden Parlaments, das sich durch sein Gesetz selbst als unzureichend erklärt, habe derselbe eine Veränderung in dem Grundgesetz des Landes: die Trennung der Kirche vom Staate vorgeschlagen. Das Ministerium werde sich dieser Politik mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen. Der Umsturz der irischen Staatskirche würde den Religionshaß vermehren und die Sicherheit des Landeigenthums vermindern. Sogar in Großbritannien, würde die Plünderung der irischen Kirche nicht ohne Wirkung sein. Die Confiscation sei ansteckend und wenn einmal das Volk zum Plündern verführt worden sei, so beschränke es sich selten auf einen Raub.

Die Würdenträger der Staatskirche haben im Laufe der Woche einen Kirchenkongreß zu Dublin abgehalten und, wie sich von selbst versteht, dieselbe Posaune geblasen wie Disraeli. Archidiaconus Denison, der bei der Kirchenpartei als ein großer Mann gilt, schloß seine Rede gegen Gladstone, die in der reaktionären Presse als eine Musterede gepriesen wird, mit folgenden Worten: Herr Gladstone und einige Anhänger der Kirche, die entweder nicht wissen was sie opfern, oder wenn sie es wissen, dennoch zufrieden sind mit allen Feinden der reformirten Kirche von England und Irland zusammenzugehen — haben die Stirn, im Namen des Religionsfriedens zu proklamiren: die Vereinigung zwischen Kirche und Staat hat aufgehört zu existiren. Sie machen eine Einöde und nennen es Frieden. Die Revolution von 1688 war eine Nothwendigkeit: die Revolution von 1868 ist ein Verbrechen. Dennoch ist sie durch Herrn Gladstone verkündet worden und ist im Begriff vollzogen zu werden unter Plünderung der Kirche und zum vollständigen Ruin von Kirche und Staat, was den Umsturz aller Einrichtungen, den der Monarchie selbst nach sich ziehen

muß. Die Kirche wird leiden, aber der Staat wird zerstört werden. Nur eine Hoffnung bleibt uns: unser Glaube an unsere Stellung als oberste unter den Kirchen, unser Vertrauen auf Gott, der unsere Kirche zur Nationalkirche dieses Volks gemacht hat. Mit diesem Bewußtsein laßt uns hinausgehen, Bischöfe, Geistliche und Volk! Erholen wir uns von der Verwirrung des Schreckens und der Schwäche des Zwiespalts, den gegenseitiger Argwohn und innerer Kampf hervorgerufen haben. Sammeln wir alle unsere Kräfte, um das künftige Parlament zu beeinflussen. Aber wir dürfen nicht zögern. Noch zwei Monate der Erschlaffung, des Zwiespalts, der Unthätigkeit und vergeudeter Kraft, und es wird zu spät sein zu bereuen."

Leider fallen diese Reden nicht auf fruchtbaren Boden. Die Staatskirche wird von der großen Masse der Bevölkerung als ein ohnmächtiges Anhängsel des Staats betrachtet, das nur dazu dient, den jüngeren Söhnen der Aristokratie Stellen zu verschaffen. Daß die Abschaffung der Staatskirche in Irland ihre Wirkung auf den übrigen Theil der britischen Monarchie nicht verfehlen wird, ist zweifellos. Eben so sicher ist es, daß alles Heulen und Wehklagen der Klerisei auch nicht einen einzigen uninteressirten Vertheidiger ins Parlament bringen wird.

Das liberale und radicale Bourgeoisvolk zeigt sich mehr und mehr in seinem wahren Lichte. John Bright hat sich öffentlich gegen die Kandidatur von extremen Politikern und zu Gunsten der alten Parlaments-Mitglieder ausgesprochen, und die liberale Presse schreit Amen dazu. Stuart Mill hat den Unwillen der Bourgeois dadurch erregt, daß er außer Odger noch zwei Kandidaten, die im Interesse der Arbeiter auftreten, mit Geld unterstützt hat. Das Wochenblatt „Spectator“ macht eine lobenswerthe Ausnahme. Es sagt: „Gerade weil wir so tief empfinden, welchen neuen Werth jeder vertrauenswürdige Arbeiter im Parlament der Reformakte verleihen würde, bedauern wir die nichtigen und unedlen Versuche, welche so hartnäckig gemacht werden, um die Aussichten solcher Kandidaturen, wie die von Odger ist, zu vereiteln.“

W a h r u f.

Zu Nürnberg auf dem Rathhausaal,
Wo Kaiser einst getagt,
Da ward nun auch vom Arbeitsmann
Ein kühnes Wort gewagt.

Zu fördern stolz ihr eigen Wohl,
Die Schaar versammelt war;
Zwei Bahnen, hin zum Ziel gewandt,
Dem Blick sich boten dar.

Der Meinung schwankend, heißer Kampf
Wohl auf- und niederschwellt,

Und wacker ward gerungen, brav
Wohl um das Siegesfeld.

Doch die behalten nun das Feld,
Sie streuten gute Saat,
Für Freiheit und für Menschenrecht,
Für offenen Bildungspfad.

Du Arbeitsmann nun rühre Dich
Und sei ein Mann der That,
Und hüte treu, ohn' Unterlaß,
Die hoffnungreiche Saat!

Sonst schleicht heran der böse Feind
Und säet über Nacht
Euch Unkraut in die schöne Saat,
Oh' Ihr es kaum gedacht.

G. S.

Vermischtes.

Intelligenzstaatliches. Nach amtlichen Angaben waren bei der letzten Aushebung in Preußen von 84,770 den alten Provinzen angehörigen Rekruten 3545 d. i. 4,02% ohne Schulbildung; von 14,946 den „neuen“ Provinzen angehörigen 255 d. i. bloß 1,70%. Aus diesen nicht wegzulügenden Ziffern erhellt, daß die Volkserziehung in den anekirten Ländern eine weit bessere war, als in dem „Intelligenzstaat“ Preußen.

Erklärung.

In Nr. 35 und 36 der seit Kurzem hier erscheinenden „Freien Zeitung“, Organs der Frau Gräfin Haxfeldt, befindet sich ein die größten Unwahrheiten und Entstellungen enthaltender Schmähartikel, überschrieben: Offener Brief an Herrn W. Liebknecht. Ich habe mich entschlossen, gegen den Unterzeichner des Artikels, Hrn. Rötting, gerichtliche Klage zu erheben, weil dies der sicherste Weg ist, die ganze Wahrheit ans Licht zu ziehen, und weil sich mir vor den Schranken des Gerichts die beste Gelegenheit bieten wird, das reaktionäre Treiben der Gräfin Haxfeldt zu enthüllen und den Schlammvulkan von Verläumdungen, der sich periodisch über mich und meine Freunde entladet, auf immer zu verstopfen. Eine „Offene Antwort“ an die Gräfin Haxfeldt nebst einem kleinen Anhängsel für den Strohmann Rötting werde ich in der nächsten Nummer des „Demokratischen Wochenblatts“ veröffentlichen.

Leipzig, den 8. Oktober 1868.

W. Liebknecht.

Zur Nachricht.

Von dieser Woche an befindet sich die Expedition des „Demokratischen Wochenblatts“, Petersstraße 18, in der Wohnung des Herrn Bebel, und bitten wir alle die Expedition betr. Briefe dahin zu adressiren.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. | Druck und Verlag: G. W. Vollrath.
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5—7. September).

(Ergänzender Bericht.)

Schweichel (Leipzig) als Berichterstatter über die Beseitigung der indirekten Steuern: M. S.! die Tagesordnung nennt Herrn Krebs aus Berlin als Berichterstatter; Hr. Krebs ist aber, ebenfalls Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation, am Vormittag letzter Weise aus dem Verbands ausgeschieden, weil derselbe gestern eine Resolution angenommen hat, sich den Bestrebungen der Internationalen Assoziation anzuschließen. Auf Ersuchen des Präsidiums habe ich mich gern an der Stelle jenes Herrn der Berichterstattung über den gegenwärtigen Punkt der Tagesordnung unterzogen und hoffe, daß Sie m. S. unter diesen Umständen durch die Debatte ergänzen werden, was mein Bericht an Erschöpfung des Gegenstandes zu wünschen übrig lassen wird. — In den gegenwärtigen Staaten ist alles besteuert, Nahrung, Kleidung, Wohnung, jedes Gewerbe und jedes Geschäft; nur die Luft allein geht noch frei aus. Allein bei der vollendeten Kunst unserer Finanzmänner bezweifle ich nicht, daß auch die Steuerfreiheit der Luft ihrem Ende entgegen geht. Steuern sind unerlässlich, um das Getriebe der Staatsmaschine im Gange zu erhalten, und nichts gerechter, als daß Jeder für die Vortheile bezahlt, die ihm der Staat gewährt. Eine andere Frage ist es aber, ob bei der Umlage der Steuern jene Gerechtigkeit waltet, welche eine gleiche Vertheilung von Rechten und Pflichten erfordert, und welche erheischt, daß der Reichere verhältnißmäßig mehr beitrage zu den Unkosten des Staates als der Arme? Ich stehe nicht an, diese Frage entschieden zu verneinen. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß unter allen Steuern die indirekten nicht nur am ungerechtesten sich vertheilen, sondern auch das meiste dazu beitragen, den Bürger in der Abhängigkeit von der Staatsgewalt zu erhalten und diese, indem sie zugleich die Moralität untergraben, in den Stand setzen, völlig eigenrührige Zwecke zu verfolgen. Die indirekten Steuern sind der Vampyr, der uns im Schlafe das Blut aussaugt, sie sind wie die Diebstahl in unserer Tasche, die durch sie geleert wird, ohne daß wir es merken. Oder wissen sie etwa, m. S., wie viel Steuern Sie dem Staate entrichten, wenn Sie Ihr Glas Bier oder Kaffee trinken, diesen mit Zucker oder Spruy süßen; wenn Sie Fleisch oder Brod essen, oder einen Häring verzehren; wenn Sie Ihre Speisen salzen; wenn Sie eine Cigarre rauchen, einen Rock oder das unentbehrliche Handwerkzeug sich kaufen? Ja, die meisten Steuerzahler haben nicht einmal eine Ahnung davon, daß alle diese Dinge besteuert sind und der Staat bei jedem Bissen, den sie zum Munde nehmen, ihr unsichtbarer aber nimmer fehlender Miteßer ist. Sie ahnen nicht, um nur ein Beispiel anzuführen, daß Sie für ein Pfund Salz drei Mal so viel bezahlen, als es in Wirklichkeit kostet, weil zwei Dritttheile des Preises als Steuer in den Staatsfädeln fließen. Erwägen Sie nun, m. S., daß eine Familie mit 3 Kindern wöchentlich ein Pfund Salz braucht, so können Sie selbst leicht berechnen, wie viel Steuern die Familie jährlich, ohne daß sie es weiß, an den Staat von diesem unentbehrlichen Gewürz zu zahlen hat, das zudem bei den Armen in den meisten Fällen das den Speisen mangelnde Fett ersetzen muß. Und das ist nun überhaupt das Geschick der Auflage der indirekten Steuern auf die Lebensmittel: je unentbehrlicher ein Lebensmittel ist, je höher die Steuer, welche darauf lastet. Da aber der Arme ausschließlich auf solche Lebensmittel angewiesen ist, so folgt daraus, daß die schwerste Last dieser Steuern auf ihm ruht. Freilich kann auch der Wohlhabende und Reiche, um bei dem angeführten Beispiele zu bleiben, das Salz nicht entbehren; aber es ist keineswegs das einzige Gewürz seiner Speisen, und jedes andere Gewürz, durch welches er seinen Salzverbrauch auf das allernothwendigste Maß beschränkt, zahlt eine geringere Steuer. Der Wohlhabende und Reiche trinkt auch wenig oder gar keinen Brantwein, den der Arbeiter besonders im Norden gar nicht entbehren kann. Nun, m. S., wer täglich für 3 Pf. Brantwein trinkt, der zahlt dem Staat wöchentlich ebenso viel Pfennige Steuer, was jährlich 26 Silbergroschen macht.

Sehen wir also die indirekten Steuern, welche auf den Nahrungsmitteln lasten, überwindend auf den Armen abgewälzt, so verhält es sich nicht anders mit jenen, welche in der Form von Zoll auf Rohprodukte und Fabrikate auftreten. Denn auch diese überwiegend zum Schutz einheimischer Fabrikanten eingeführten Zölle sind indirekte Steuern. Daß diese Schutzzölle es vor allen Dingen freundlich mit den Herren Fabrikanten meinen, mithin des Anspruchs auf Gerechtigkeit ebenfalls entbehren, davon können Sie sich durch jeden beliebigen Tarif überzeugen. Immer werden Sie finden,

daß das Rohprodukt niedriger besteuert ist, als das daraus Fabrikat. So ist der Zoll auf Roheisen geringer als der auf geneisen, und dieser wiederum niedriger als der auf verarbeitete, wie Handwerkzeug, Hämmer, Bohrer, Spaten, Rägeln, Ketten u. Wäre diese Steuer nur dazu da, daß der Staat Geld bekommt, so nicht abzusehen, warum er ein Pfund Eisen in Gestalt von Handwerkzeug höher besteuern sollte, als in der Gestalt von Stangen Eisen, oder warum er von englischem Kattun eine höhere Einfuhrsteuer als von roher Baumwolle sich entrichten läßt.

Es ist natürlich, daß dem Staate, soll er anders einen Nutzen von den direkten Steuern haben, jemand deren Betrag in baarem Gelde auszahlen muß. Diesen Dienst leistet ihm der Produzent, der Fabrikant, der Kaufmann, die sich dafür an dem Konsumenten erholen. Völlig steuerfrei können sie selbst nun freilich nicht ausgehen, da sie wiederum ebenfalls Konsumenten sind. Aber da nur sie es sind, die neben den Konservativen in den gesetzgebenden Versammlungen eine Stimme haben, so ist es ihnen ein Leichtes, die Last der Steuern hauptsächlich auf solche Gegenstände abzuwälzen, oder bei dem gleichen Gegenstände auf diejenige Qualität (Eigenschaft), deren Konsumenten weniger sie selber als die unbemittelte Klasse sind — ein Mittel beläufig, durch welches sie, da die Mehrzahl der Konsumenten nicht dem Wohlstande im Schooße sitzt, am schnellsten zur Wiedererstattung ihrer baaren Steuerauslagen gelangen.

Sie wissen sehr wohl, m. S., wie viel Klassensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer Sie zu bezahlen haben; denn Sie müssen dieselbe dem Staate in baarem Gelde auf den Tisch legen. Sie thun es mit Seufzen, denn es wird Ihnen schwer genug, sie aufzubringen, und an jedem Groschen klebt Ihr Schweiß. Wie würden Sie ächzen und stöhnen, wenn Ihnen der Staat den vierfachen Betrag abfordern wollte. Sie würden die Leistung für unmöglich erklären, ja Sie würden, schon jetzt der Steuerlast erliegend, den Regierungen den Gehorsam aufkündigen und dem versuchten Zwange Gewalt entgegensehen. Und doch zahlen Sie diesen vierfachen Betrag in Wirklichkeit, zahlen ihn ohne Murren, weil Sie kein Bewußtsein davon haben, zahlen ihn in den indirekten Steuern. Ja, m. S., von den ungeheuren Summen, welche der Staat jährlich verschlingt, wird nur der vierte Theil etwa durch die direkten Steuern und durch die Einkünfte von den Domänen, Forsten, Bergwerken und dergleichen aufgebracht; den Rest liefern die indirekten Steuern. Es brauchte nicht erst eines Hansemann, um den Regierungen zu sagen, daß in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhöre; sie haben dies von jeher gewußt und daher haben sie von jeher auf dem Schleichwege der indirekten Steuern den Staatsangehörigen die Mittel aus der Tasche zu locken gewußt, die man ihnen auf direktem Wege verweigert haben würde, und zwar mit Recht. Denn abgesehen davon, daß jeder Staatsbürger das Recht hat, den Betrag bis auf Heller und Pfennig zu wissen, den er an Steuern zu zahlen hat, sind es vor allen Dingen diese unfontrollirbaren indirekten Steuern, welche die Staatsgewalt in den Stand setzen, Zwecke zu verfolgen, welche mit dem Gesamtwohl nichts zu thun haben und zu diesem feindlich sich verhalten. An dem Tage, an welchem die Staatsgewalt genöthigt sein wird, ihren Geldbedarf direkt zu erheben, werden wir keine Friedensliga mehr nötig haben. Denn man wird dann in der Steuerverweigerung, die jetzt nur ein Schlag ins Wasser wäre, ein Mittel in Händen haben, die Regierungen zu zwingen, den Willen der Nation zu respektiren. Es wird dann keine Eroberungskriege mehr geben, und mit den Armeen, deren Waffen ja doch nur auf die Brust gefnechteter Bürger gerichtet sind, wird das Heer von Beamten verschwinden, welches nötig ist zur Ueberwachung und Eingiehung der Zölle, von denen es einen ungeheuren Theil verschlingt. Die indirekten Steuern sind daher nicht nur die ungerechtesten, sondern verhältnißmäßig auch die unproduktivsten, und Sparsamkeit in der Staatshaushaltung wie Erleichterung der arbeitenden Klassen nur durch deren Beseitigung zu erreichen. Zugleich sind es diejenigen, welche am meisten zur Demoralisation des Volkes beitragen. Denn sie sind die Quelle des Schmuggelhandels und aller Steuerdefraudationen, in denen die öffentliche Meinung kein Vergehen erblickt, da sie die indirekten Steuern nicht anders als ein Unrecht der Regierungen, als einen gleichfalls im Dunkeln schleichenden Feind aufzufassen kann.

Auf alle diese Gründe gestützt empfehle ich folgende Resolutionen Ihrer Annahme, welche auf Beseitigung dieser ungerechten Steuer gerichtet sind und an deren Stelle die Einführung einer gerechten, direkten Steuer vorschlagen.

(Verliest die bereits in Nr. 37 dieses Blattes mitgetheilten Resolutionen)

(Wunsiedel) stellte hierzu den Zusatzantrag, mit dem sich einverstanden erklärte: „Der Verband soll es daher sein, bei allen Wahlen zur Gemeinde- und Landtagen zc. nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche für die Beseitigung der indirekten Steuern einstehen.“ (Dresden) beantragte, an Stelle „einer gerechten, directen Steuer“ zu setzen: „eine gerechte, progressive Einkommensteuer.“ Referent äußerte sich mit einer solchen Steuer einverstanden, aber bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und der vorgelegten die Frage einer späteren Berathung vorzubehalten. Bei der Abstimmung wurde Wahlteich's Amendement abgelehnt und die Resolutionen mit dem Zusatzantrag von Mendel angenommen.

In der Debatte über die Altersversorgungs-Kassen sprach nach dem Referenten Sonnemann (Frankfurt), Wahlteich (Dresden): Ich habe mich gegen die Vorschläge des Referenten auszusprechen und zwar aus zwei Gründen: Ich halte die Errichtung von Altersversorgungs-Kassen, von unserer Seite unternommen, erstens nicht für ausführbar, zweitens, meine ich, ist es unsere Aufgabe nicht, durch Palliativmittel die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu versuchen, sondern unsere Thätigkeit muß sich concentriren in der Aufstellung und Verwirklichung der großen Principien der Sozialdemokratie.

Ich kann in der Beweisführung für meine erste Behauptung kurz sein.

Der Referent hat die Schwierigkeiten, welche sich der Errichtung von Altersversorgungs-Kassen für Arbeiter entgegenstellen, so sehr hervorgehoben, daß man annehmen kann, er glaube in der That selbst nicht an die Möglichkeit ihrer Gründung, denn wenn derselbe die Hülfen des jetzigen Staates hierzu für erforderlich hält, so spricht das deutlich genug. Ich sage, der jetzige Staat ist unser Feind und wir haben mit ihm keine andere Berührung als die, welche der Kampf zwischen uns, der Kampf auf Leben und Tod, mit sich bringt.

Um die Möglichkeit der Errichtung solcher Kassen von unserer Seite zu beweisen, darf ich Sie weiter nur daran erinnern, daß die große Masse der Arbeiter thatsächlich nicht in der Lage ist, die hohen Prämien für Altersversorgungs-Kassen zu zahlen; wenn der Arbeiter dies könnte, wäre seine Lage eben nicht eine so traurige, wie wir sie beklagen. Derartige Kassen können endlich nur bestehen bei großer Bethheiligung, diese ist aber aus dem eben angeführten Grunde und besonders deshalb nicht zu erwarten, weil der Kreis unseres Einflusses noch ein beschränkter ist.

Unseren Einfluß zu erweitern, die Massen der Arbeiter aus ihrer Stumpfheit und Gleichgültigkeit herauszureißen, das ist aber unsere eigentliche Aufgabe, und damit komme ich auf meine zweite Einwendung.

Die Arbeiterbildungsvereine haben lange genug, und doch in der Hauptsache erfolglos, mit den kleinen Fragen der sozialen Besserstellung der Arbeiter kostbare Zeit und Arbeitskraft veräußert, jetzt heißt es: Organisation, Machtentfaltung unter dem Banner der sozialen Demokratie!

Für Einzelne unter uns braucht dieser Ruf nicht zu erklingen, denn wir haben ihn schon längst selbst überall ertönen lassen und sind thatkräftig in dieser Richtung vorgegangen; für den Gesamtverband erwächst aber mit diesem Vereinstag die Verpflichtung, allerorten die großen Principien des Sozialismus dem Volke hoch zu halten.

Obwohl ich nun weiß, daß die Lage des Arbeiterstandes sich nur im Großen, in der von mir angedeuteten Weise wird gründlich bessern lassen, so verwerfe ich doch die kleinen Mittel nicht unbedingt, sondern will sie nur richtig angewendet wissen, ich verhalte mich demnach auch zu dem Vorschlag des Referenten nicht unbedingt ablehnend.

Mit einem Wort: Machen Sie es sich zur Aufgabe, Gewerksgenossenschaften zu gründen, und überlassen Sie es diesen, Altersversorgungs- und ähnliche Kassen ins Leben zu rufen.

Die Frage der Gewerksgenossenschaften nach englischem Vorbild ist eine Lebensfrage der sozialen Bewegung, und ich hätte gewünscht, der Vorort wäre schon längst auf deren Begründung bedacht gewesen. Jetzt gilt es, das Versäumte nachzubolen.

Wir erreichen damit nicht nur, daß die Arbeitermassen, welche dem öffentlichen Leben bisher fern standen, zu diesem herangezogen und durch ihre Organisation zu einer allezeit schlagfertigen Armee für die politische und soziale Emanzipation des Volkes werden, sondern schaffen auch zu gleicher Zeit den Boden, auf welchem das Kassenwesen in seiner vielfachen Gestaltung am besten gedeiht, da für dasselbe die Gleichartigkeit des Gewerkes, der Lebensweise und des Lohnes, sowie das gegenseitige Bekanntheit der Mitglieder von wesentlichem Vortheil sind. Wir ziehen zur Verwaltung dieser Kassen neue Kräfte heran und geben ihnen die Anleitung, wie sie mit uns zu kämpfen haben im

Dienste der großen Principien, für deren Verwirklichung zu agitiren speziell unsere Aufgabe ist.

Ich empfehle Ihnen, meine Herren, hiernach folgenden Antrag: In Erwägung, daß Kranken- und Wanderunterstützungs- sowie Altersversorgungs-Kassen erfahrungsgemäß am besten durch Gewerksgenossenschaften ins Leben gerufen und erhalten werden können, beschließt der fünfte Vereinstag, den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in centralisirten Gewerksgenossenschaften thatkräftig zu wirken.

(Schluß folgt.)

Der „Bürger- und Bauernfreund“

stellt sich auch für das neue Quartal vom 1. Oktober ab die Aufgabe, die Bürger und Bauern, kurz Jedermann, dem größeren freisinnigen politischen Zeitungen unzugänglich sind, zu belehren über das, was die Demokratie will, was sie zum Wohlwohle erreichen muß, welche Mittel und Wege das Volk einschlagen hat, um diese Ziele zu erreichen.

Seine Aufgabe kann er nur erfüllen, wenn gegenüber den Anstrengungen der Reaction und Allem was drum andran hängt, reaktionäre Schriften zu verbreiten, die Demokratie umfassendere Maßregeln ergreift, „Bürger- und Bauernfreund“ im Volke, namentlich unter den Arbeitern zu verbreiten.

Der „Bürger- und Bauernfreund“ erscheint in Tilsit bei der Verlage von H. Post, redigirt unter Mitwirkung von J. Reitenbach durch W. Simpson in Plicken bei Gumblinzen, jeden Freitag 1/2 Bogen stark, oft mit Beilage, kostet für das Vierteljahr per Post bezogen 4 Sgr. 6 Pf. ohne Bestellgeld.

Inserate finden für 3 Sgr. die Zeile Verbreitung durch ganz Deutschland und darüber hinaus.

H. Post-Tilsit. Verleger. W. Simpson-Plicken bei Gumblinzen. Redacteur.

Soeben erschien:

A. Eichhoff's Deutscher Arbeiterkalender für 1869.

Inhalt: Die Arbeiterbewegung im Jahr 1867/68, Historische Nachschau über das Jahr 1868, Erzählungen, Anekdoten, Gemischtes, Kalender, Notizbuch, die neuen Maße und Gewichte, die neuen Gesetze des Norddeutschen Bundes.

Preis 5 Sgr.

Arbeiter-Vereinen gewähre ich 25% Rabatt.

Die Verlagshandlung von A. Eichhoff in Berlin Friedrichstr. 230.